

UNSERE FORDERUNGEN

- Das Infektionsschutzgesetz muss ersatzlos gestrichen werden.
- Keine PCR-Tests ohne Bekanntgabe der Infektiosität.
- Keine Quarantäne ohne Nachweis der Infektiosität.
- Die Sieben-Tage-Inzidenz ist nicht aussagekräftig. Stattdessen sind die Anzahl intensivmedizinischer Aufnahmen binnen einer Woche pro 100 000 Einwohner:innen sowie Herkunftsort, Alter und Beruf der Patient:innen heranzuziehen.
- Wir brauchen deutlich mehr Obduktionen, zur Feststellung der tatsächlichen Todesursache von sog. „Corona-Toten“.
- Kein Impfzwang. Keine Diskriminierung von Nichtgeimpften. Die 3-G-Regel und die 2-G-Regel schließen Ungeimpfte aus dem gesellschaftlichen Leben aus und sind verfassungswidrig. Wir fordern Alle auf, dagegen zu klagen!
- Kein Maskenzwang im Freien. Die Schutzwirkung von Masken wird durch viele Studien in Frage gestellt, auch von der WHO (Weltgesundheitsorganisation).
- Keine weiteren Schließungen und Privatisierungen von Krankenhäusern. Das Gesundheitswesen muss rekommunalisiert werden.
- Weg mit dem Fallpauschalen-System.
- Kein Besuchsverbot in Krankenhäusern und Pflegeheimen. Nie wieder darf ein Mensch ohne die Begleitung seiner Angehörigen einsam sterben.
- Die vom Bundesstatistikamt erhobenen Daten zur Übersterblichkeit müssen im Fernsehen und in der Presse wahrheitsgetreu veröffentlicht werden. Das dient der Aufklärung!
- Wir fordern die Medien dazu auf, ihre bisherige tendenziöse Berichterstattung zu korrigieren und auch kritische Meinungen angemessen abzubilden.
- Keine Ausgangsbeschränkungen.
- In den Beraterstab der Bundesregierung müssen neben Virolog:innen und Naturwissenschaftler:innen auch Sozial- und Geisteswissenschaftler:innen aufgenommen werden (Rechtsmediziner:innen, Forensiker:innen, Kindheitsforscher:innen, Psycholog:innen, Sozialpädagog:innen; Auch Krankenschwestern und Pflegepersonal müssen zu ihren Erfahrungen auf den Stationen befragt werden).
- Die Parlamente müssen wieder ihre verfassungsmäßige Aufgaben erfüllen.
- Demokratische Freiheiten wie Demonstrations- und Versammlungsrecht dürfen nicht beschnitten und das Grundgesetz nicht weiter ausgehöhlt werden.
- Der Schaden einer Therapie darf nicht größer als ihr Nutzen sein. Deshalb müssen auch die sog. „Kollateralschäden“ der Lockdownpolitik ins Licht der Öffentlichkeit.
- Schnelltests müssen weiterhin kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Arme Menschen können das schlichtweg nicht bezahlen, Reiche schon.

